

# Wohnungsnot im Kapitalismus:

Mieterhöhungen, Betriebskostenexplosion, Schimmelwohnungen, Zwangsräumungen, Obdachlosigkeit, ...

oder

*MieterInnen-Demo, Delogierungs-Blockade, Mietstreik, Hausbesetzung, ...*

**IA★RKP**

Revolutionäre  
Kommunist/innen

Arbeiter/innen aller Länder, vereinigt euch!

Arbeiter/innen aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Juni 2017

In den letzten Jahren sind die Mietpreise mit +4,5% pro Jahr (für Neuvermietungen) weit über der Inflationsrate gestiegen. Das betrifft alle Menschen, die aus privaten oder beruflichen Gründen umziehen (müssen). Die kürzliche Erhöhung der gesetzlichen „Richtwerte“ hat die Hausbesitzer ermuntert, auch die langjährigen Mieten deutlich zu erhöhen, weil ja alle möglichen Zuschläge für Lage, Ausstattung, Verkehrsanbindung usw. draufgeschlagen werden. Das macht dann oft 150%, 160% oder mehr vom Richtwert (€ 5,58) aus - und in Wien kannst du nur träumen von einer 60 qm-Wohnung um 335 € „Richtwert-Miete“.

Ganz besonders betroffen von den miesen Praktiken sind Menschen, die unter großem Druck stehen und in Notsituationen keine Wahl haben, z.B. misshandelte Frauen und Jugendliche, MigrantInnen, Menschen ohne Papiere usw. Genau dort sind dann die berüchtigte Methoden der Miethäie wie Scheinmöblierung, Befristung, hohe Maklergebühren, Ablösen, Zuschläge für verschimmelte Abstellkammern usw. weit verbreitet.

Mit der Dauerwirtschaftskrise und steigenden Arbeitslosigkeit steigt die Zahl der Zwangsräumungen, Obdachlosen, aber auch der illegalen Mieterhöhungen, sowie die Fälle offener Klassenjustiz zugunsten der Hausbesitzer.

Nach inoffiziellen Schätzungen gibt es in Wien derzeit 10.000 Obdachlose und mindestens 8.000 leerstehende Wohnungen („Wiener Wohnen“ gibt offiziell 2.000 Leerstände für Notwohnungen und Renovierungen an). Umso erfreulicher, dass von verschiedenen Gruppen Hausbesetzungen und Blockaden gegen Zwangsräumungen organisiert werden.

In der breiten „Bewegung“ herrscht aber die Illusion vor, dass mit ein bissl Druck auf „die Gemeinde“ (insbesondere vor Wahlen!) durch bessere Gesetze und kommunalen Wohnbau das Problem, wenn nicht zu lösen, dann doch deutlich zu verbessern sei. Das bedeutet, den Kapitalismus als „die Grundlage aller Übel der heutigen Gesellschaft aufrechterhalten und gleichzeitig diese (vom System hervorgerufenen, Anm.) Übel abschaffen zu wollen“. (Friedrich Engels, Zur Wohnungsfrage, MEW 18, S.235) Wünschen kann man sich viel, aber erfolgreiche Kämpfe erfordern eine Analyse, Strategie und Taktik.

Die langjährigen Erfahrungen z.B. aus der kommunalen Grazer Wohnpolitik zeigen ein deutliches Bild: „Die Miet-

## Wer verdient an den teuren Wohnungen?

Für viele von uns sind die Wohnverhältnisse unerträglich. Doch gleichzeitig leben andere ein paar Straßen weiter recht gut, oft in großem Luxus.

Die mit kleinen Einkommen haben meist kleine, überbeuerte Wohnungen. Aber andere verdienen daran.

**Hakan** lebt im Weißgerberviertel mit Frau und Kleinkind in einer 40 qm-Wohnung und muss dafür monatlich 700 € zahlen. Damit sich das finanziell überhaupt ausgeht, arbeitet er Samstag zusätzlich in einem Supermarkt. Das Haus ist in einem katastrophalen Bauzustand, der Keller ist wegen Feuchtigkeit unbenützt, bei den Fenstern zieht es rein, im Vorhaus blättert die Farbe ab... Aber es werden immer nur die allerwichtigsten Mängel repariert, obwohl Hakan über 100 € Betriebskosten zahlt. Von den 600 € reine Miete steckt der Hausbesitzer **Mag. Hauser** (abzüglich Verwaltungsausgaben) monatlich gut 500 € fürs Nichtstun ein. Das ist ein schönes Einkommen bei 12 Wohnungen im Haus! Und dafür kann er sich locker eine riesige Dachgarten-Wohnung am Arenbergpark leisten – auch im 3. Bezirk, aber halt in der „besseren Gegend“...

Jetzt hat Hakan von einer Firma erfahren, die ihm hilft, die Monatsmiete zu senken. Sie heißen **mieter-schutzengel.at** und es war ein Mann da, der Hakans Wohnung besichtigt hat und sofort gemeint hat: *Da holen wir uns mindestens 8.000 € zurück!* Er hat dem Wohnungsvermieter einen Brief geschrieben, wo drinnen steht: Entweder sie zahlen für die überhöhte Miete in den letzten 5 Jahren 8.000 € an uns, oder wir bringen Klage vor Gericht ein – Frist bis 30. August. Hakan freut sich schon sehr auf die 6.400 €, die er gut brauchen kann, weil seine Frau bald ihr zweites Kind bekommt... *Wieso 6400 €?!* Die Firma Mieter-Schutzengel kassiert 20% der Summe als Provision für ihr Bemühungen – das ist nämlich auch nichts anderes als ein Start-up, das aus der Wohnungsnot in Wien Profite schlägt. Ihr jungdynamischer Chef (ein neoliberaler Bobo) lebt wahrscheinlich auch irgendwo im 3. Bezirk und blickt über die Dächer der ärmeren Viertel im Dritten und denkt sich: Da ist noch einiges herauszuholen!

Übrigens muss sich Hakan jetzt eine neue – wahrscheinlich noch teurere Wohnung - suchen, weil ihm der Mieter-Schutzengel nicht gesagt hat, dass so ein Verfahren bei befristeten Mietverträgen äußerst riskant ist! Hakan hat einen befristeten Mietvertrag, der jetzt nicht verlängert wird, und der Mieter-Schutzengel die 1600 € Provision...

**Wohnungs-Demo Sa 1. Juli 15 Uhr Westbahnhof Wien**

preise sind in Graz zwischen 2006 und 2015 nur um 11% gestiegen“ (aus: Wohnungsbericht 2016 von KPÖ-Stadträtin Kahr) – genauso wie in Linz und Salzburg ohne KPÖ. „Auffallend ist, dass Linz und Graz in etwa die gleiche Miethöhe und Mietpreisentwicklung haben, obwohl Linz einen deutlich höheren Anteil an Gemeindewohnungen hat ...“ (ebd.)

Nicht einmal die Wohnungsknappheit wurde in den letzten 10 Jahren gemildert: Die „Zuweisungsquoten“ (Zuweisungen in Prozent der Vormerkungen) liegen seit 2007 unverändert bei etwa 30% und dementsprechend sind auch die Wartefristen unverändert (ebd.). Es liegt natürlich nicht am Versagen der KPÖ-WohnstadträtInnen, sondern am kapitalistischen System, dass kommunaler Wohnbau und Versuche, den kapitalistischen Wohnungsmarkt zu „zähmen“, wenig Erfolge bringen. Auch anarchistische Forderungen wie „Die Häuser denen, die drin wohnen!“ zielen auf individuelle Lösungen ab, statt auf die Zerschlagung des kapitalistischen Systems samt seiner Wohnungsnot.

Jedes konkrete Wohnungs-Forderungsprogramm ist nichts ohne Massenbewegung der Betroffenen. MieterInnen-Versammlungen, kollektiver Widerstand gegen Delogierungen, Wohnungsdemos, Besetzungen leerstehender Häuser, Wohnungen und Wohnungsämter machen Druck, um konkrete Forderungen durchzusetzen.

Vor allem sollte in jedem konkreten Fall diskutiert werden, mit welchen Forderungen kämpferische MieterInnen-Bewegungen gefördert werden, ohne Illusionen in die „Einsicht der Herrschenden“ und die Reformierbarkeit des kapitalistischen Ausbeutersystems (in einem Teilbereich wie Wohnen) zu verbreiten.

Wohnungsforderungen sollten wir nicht abgelöst vom Kampf um die Verteidigung der Arbeits- und Lebensbedingungen (Lohn ...) stellen, denn die Wohnungsfrage ist Teil davon und kein abgekoppelter Bereich. Wir wollen auch nicht für den Kommunalkapitalismus („Wiener Wohnen“) und gegen den Privatkapitalismus („Miethaie“) auftreten, sondern ausgehend von den ArbeiterInneninteressen bewusst gegen beide kämpfen.

Breiter mobilisierende Forderungen sind unserer Meinung nach z.B.

- **Keine Zwangsräumungen** bzw. Delogierungen bei Einkommen bis dzt. 1200 € (pro Person, Armutsgrenze), sondern Übernahme der Wohnkosten durch das Sozialamt
  - **Hohe Besteuerung** bis zur Höhe der Richtwertmiete ab dem 7. Monat Leerstand und schließliche Beschlagnahme und Enteignung durch die Gemeinde bei Leerstand über 24 Monate
  - **Legalisierung von Hausbesetzungen** (und Wohnungsbesetzungen) bei Leerstand über 12 Monate (darf nicht als Besitzstörung gelten)
  - **Verbot der Befristung** von Mietverträgen (außer für MitbewohnerInnen im Hauptwohnsitz)
  - **Bezahlung aller MaklerInnen-Gebühren** durch die VermieterInnen (einschließlich Regress-Anspruch)
  - **Registrierung und Offenlegung des Leerstands** (durch die Gemeinde)
  - **Sofortige Bereitstellung von Gemeindewohnungen** für alle unter der Armutsgrenze
- usw.

Solange Wohnungen eine Ware sind wie alles andere im Kapitalismus, gibt es Leute, die sie bauen (die ArbeiterInnen) und nachher dafür zahlen müssen, um drin zu wohnen. Und es gibt andere (die Unternehmer oder Kapitalisten), die sie bauen lassen und vermieten lassen und daran unglaublich viel Geld verdienen, ohne dass sie einen Finger gerührt haben. Das muss nicht immer so bleiben. Unsere Orientierung im Kampf gegen die Wohnungsnot ist eine Gesellschaft, wo nicht die Waren und der Profit im Mittelpunkt stehen, sondern die Bedürfnisse der Menschen. Vor allem die Bedürfnisse der Menschen, die die ganzen Reichtümer schaffen.

Um die Wohnungsnot nachhaltig zu beseitigen, muss das Wirtschaftssystem beseitigt werden, in dem die Wohnung, wie alles andere – selbst die Arbeitskraft – zur Ware wird.

Was Friedrich Engels 1872 in seiner Schrift „Zur Wohnungsfrage“ feststellte, gilt heute noch:

*„Die Wohnungsnot der Arbeiter und eines Teils der Kleinbürger unserer modernen großen Städte ist einer der zahllosen kleineren, sekundären Übelstände, die aus der heutigen kapitalistischen Produktionsweise hervorgehen. Sie ist durchaus nicht eine direkte Folge der Ausbeutung des Arbeiters, als Arbeiter, durch den Kapitalisten. Diese Ausbeutung ist das Grundübel, das die soziale Revolution abschaffen will, indem sie die kapitalistische Produktionsweise abschafft.“* (MEW 18, S.214)

Engels, Zur Wohnungsfrage > [http://www.mlwerke.de/me/me18/me18\\_209.htm](http://www.mlwerke.de/me/me18/me18_209.htm)

Wir verbreiten seit 1995 Flugblätter, mit denen wir uns vor allem an klassenbewusste Arbeiter/innen wenden. Die Texte werden auch in der seit 2001 erscheinenden Zeitung **„Proletarische Revolution“** abgedruckt. Unser Ziel ist eine Gesellschaftsordnung ohne Klassen, ohne Unterdrückung und Ausbeutung. Dazu muss die Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter eine eigene Kampfpartei aufbauen, die Macht erobern, die Besitzer der Produktionsmittel enteignen und den Klassenkampf fortsetzen, bis alle Reste der bürgerlichen Ordnung verschwunden sind. Wir stellen uns in die Tradition der internationalen revolutionär-kommunistischen Bewegung, die Mitte der 1960er Jahre in Auseinandersetzung mit den Fehlern der KPdSU und in scharfem Kampf gegen die Wegbereiter des bürokratischen Staatskapitalismus in der Sowjetunion eine marxistisch-leninistische Generallinie verteidigt hat und zur Gründung neuer kommunistischer Parteien führte. Wir sind revolutionäre Kommunist/innen und deshalb *nicht* in der KPÖ organisiert.

**IA★RKP**

Initiative für den Aufbau einer  
Revolutionär-Kommunistischen Partei  
Stiftgasse 8, A-1070 Wien, ia.rkp2017@yahoo.com  
iarkp.wordpress.com

**Proletarische Revolution**  
Revolutionär-kommunistische Zeitung in Österreich  
prolrevol.wordpress.com  
alle: Stiftgasse 8, A-1070 Wien